

vor allem bezüglich der vermeintlichen Mobilisierung muslimischer Wählerinnen und Wähler für die Samajwadi Party (SP) in den Regionalwahlen in Uttar Pradesh 2012. Syafiq Hasyim, Freie Universität Berlin, beschäftigte sich in seinem Vortrag „Religious Authorities and Religious Leadership in Post-Suharto Indonesia“ mit der Situation in Indonesien. Simin Fadaee, Humboldt-Universität zu Berlin, sprach über die Frage religiöser Autorität im Iran.

Die abschließende Podiumsrunde „An Asian Claim for Global Leadership?“ stellte sich der Frage nach einem möglichen asiatischen Führungsanspruch in der Welt. Die Diskutanten Peter Christian Hauswedell, DGA, Hanns W. Maull, Universität Trier, Friedolin Strack, Bundesverband der Deutschen Industrie Berlin, Chiharu Takenaka, Rikkyo-Universität Tokio, und Nobuto Yamamoto, Keio-Universität Tokio, waren sich einig, dass man keinesfalls von Asien als einer Einheit oder gar als einem kollektiven Akteur ausgehen könne: „There is no Asia!“ Ein weltweiter asiatischer Führungsanspruch sei demnach nicht erkennbar, wohl aber, so Friedolin Strack, ein chinesischer Führungsanspruch in Asien. Das „Peking-Modell“ erlangt hierbei nach Hanns W. Maull Einfluss und Legitimität weniger durch bewussten Export als vielmehr durch Funktionalität und Nachahmung („politisches Lernen“). Insgesamt zeigte auch die Abschlussdiskussion erneut, was Dieter Ernst, OAV, schon zu Beginn der Tagung festgestellt hatte: Asien ist vielfältig, „Allgemeinrezepte“ sind nicht möglich. Die Arbeit der DGA bleibt somit spannend, und auch der nächsten wissenschaftlichen Tagung in zwei Jahren wird es nicht an interessanten Themen mangeln.

Pierre Gottschlich

Weingartener Asiengespräche: Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien

Weingarten, 8.–10. November 2013

Die Weingartener Asiengespräche, die alljährlich im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart stattfinden, widmeten sich im November 2013 dem Thema „Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien“. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage nach der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure für einen politischen Wandel in ausgewählten asiatischen Staaten und auf der regionalen/transnationalen Ebene. In insgesamt

vier Panels und drei parallel stattfindenden Workshops wurden Demokratie und Zivilgesellschaft in Südasien, Japan, Südkorea, Südostasien und China thematisiert.

Zu Beginn der Konferenz wiesen die TagungsleiterInnen Claudia Derichs, Universität Marburg / Dokkyo Universität, Tokyo, und Stefan Rother, Arnold-Bergstraesser-Institut an der Universität Freiburg, auf die politische Heterogenität Asiens hin, wo es neben autoritären politischen Systemen eine Reihe von unterschiedlichen Ausgestaltungsformen von Demokratie gibt. Daraus resultiert eine Unsicherheit über die Typologisierung von Demokratie und Zivilgesellschaft in Asien. Bei der Beschäftigung mit asiatischen Zivilgesellschaften stellt sich demzufolge eine Reihe von Fragen: Was bedeutet Zivilgesellschaft im asiatischen Kontext? Wie ist die Zivilgesellschaft organisiert und legitimiert? Der Begriff Zivilgesellschaft beschreibt die Sphäre zwischen Staat und privaten Haushalten, also vom Staat unabhängige gesellschaftliche Aktivitäten. Sie umfasst in der Regel Non-Profit-Organisationen, wobei es sich um nicht-staatliche – und oft auch transnationale – Akteure handelt, welche versuchen, ihre gesellschaftlichen Interessen auf nationalstaatlicher Ebene durchzusetzen. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen der politischen Systeme in Asien erhebt diese vorläufige Arbeitsdefinition einer Zivilgesellschaft jedoch keine universelle Gültigkeit und kann kontextabhängig variieren.

Das erste Panel setzte sich mit „Zivilgesellschaft und Demokratie in Südasien“ auseinander. Andrea Fleschenberg, Qaidi Azam University, Islamabad, hielt einen Vortrag zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie und Chancen für die Zivilgesellschaft in Pakistan“. Die Referentin betonte die Heterogenität, Stratifizierung und Diversität der zivilgesellschaftlichen Strukturen in Pakistan. In vielen Bereichen herrscht in der noch recht fragilen pakistanischen Demokratie, die durch zunehmenden Islamismus geprägt ist, eine schwierige Situation für die Zivilgesellschaft. Doch gelingt es ihr zusehends, insbesondere in Frauenrechtsangelegenheiten, eine kritischer denkende Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Markant, und in der anschließenden Diskussion kontrovers debattiert, war ein von Fleschenberg skizzierter Kritikpunkt an den zivilgesellschaftlichen Strukturen Pakistans. So wird einem Teil der pakistanischen Zivilgesellschaft immer wieder eine Kooperation mit dem Militär vorgeworfen. Aus diesem Vorwurf ergab sich die kaum eindeutig beantwortbare Frage, wie zivilgesellschaftliches Engagement auszusehen hat und ob eine Zivilgesellschaft mit dem Staat kollaborieren darf oder komplett unabhängig und abgegrenzt von diesem agieren muss.

Der zweite Vortrag des ersten Panels, gehalten von Nadja-Christina Schneider, Humboldt-Universität Berlin, warf einen interdisziplinär geprägten Blick auf das Thema „Demokratie und soziale Bewegungen in Indien.

Medialisierte Jugendproteste – in der Metropole Delhi und im zeitgenössischen Hindi-Film“. Dabei stand die Untersuchung potentieller Wechselbeziehungen zwischen Medien im Allgemeinen sowie Hindi-Filmen im Besonderen und einer neuen urbanen Protestbewegung der indischen Mittelschicht im Zentrum der Debatte. Schneider stellte fest, dass insbesondere nach Erscheinen des regierungskritischen Hindi-Films *Rang de Basanti* im Jahr 2006 die Kontroversen über das politische System Indiens sprunghaft zugenommen haben. Schneider charakterisierte den Film als „entscheidenden Moment für eine neue Politisierungswelle der jugendlichen Blogosphäre in Indien“ und schloss daraus, dass der Zugang zu Medien soziales Engagement in urbanen Räumen befördern kann.

Das zweite Panel wendete sich den Ländern Japan und Südkorea zu. Momoyo Hüstebeck, Universität Duisburg-Essen, thematisierte in ihrem Vortrag das Thema „Demokratie in Südkorea und Japan: Das Verhältnis zwischen politischer Elite und Zivilgesellschaft“. Die koreanische Zivilgesellschaft stellt seit der Demokratisierung in Südkorea eine aktive außerparlamentarische Opposition dar. Nichtsdestotrotz gelingt es ihr auch Dekaden nach der demokratischen Transformation nicht, die tiefen ideologischen Gräben zu überwinden. Sie besitzt nur wenige Zugangsmöglichkeiten zu politischen Institutionen und wird als kommunistische Agitation gesteuert aus Nordkorea wahrgenommen. Die japanische Zivilgesellschaft galt dagegen bis in die 1990er Jahre als schwach. Sie war stark von staatlichen Institutionen vereinnahmt und hatte keine politische Agenda. Durch das Erdbeben in der Kōberegion 1994 kam es zu einer massiven Aktivierung und letztlich zu einer rechtlichen Stärkung der japanischen Zivilgesellschaft. Eine weitere Stärkung der Zivilgesellschaft nach der Dreifach-Katastrophe 2011 blieb jedoch aus, sodass die Rolle und die politische wie parlamentarische Kraft der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Japan trotz einer verbesserten Vernetzung und der größeren medialen Aufmerksamkeit noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Claudia Derichs befasste sich in ihrem Vortrag „Abenomics und soziale Bewegung in Japan“ eingehender mit der japanischen Wirtschaftslage und erläuterte in dem Zusammenhang das Konzept der „Abenomics“, wobei es sich um eine ökonomische Strategie des japanischen Premierministers Abe handelt, mit der die Herausforderungen, vor denen Japans Ökonomie und Politik stehen (Demographie, Staatsverschuldung, Dreifach-Katastrophe), bewältigt werden sollen. Genau wie ihre Vorrednerin kam Derichs zu dem Fazit, dass es nach der Dreifach-Katastrophe zu einer größeren Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen gekommen ist. Von einer breiten sozialen Bewegung (etwa einer einflussreichen Anti-Atomkraft-Bewegung) kann aber nicht die Rede sein. Des Weiteren wurde die Abwesenheit einer

Jugendbewegung diskutiert. Die japanische Jugend zeichnet sich durch eine hohe Politikverdrossenheit aus. Sie grenzt sich dezidiert von politischen Forderungen und dem politischen System ab.

Im dritten Panel wurde über „Demokratie und Zivilgesellschaft in Südostasien“ gesprochen. Jürgen Rüländ, Universität Freiburg, thematisierte in seinem Vortrag „Demokratie und Zivilgesellschaft im Gefüge der Regionalorganisation ASEAN“. Rüländ wies darauf hin, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, aufgrund des in der ASEAN vorherrschenden staatszentrierten Korporatismus, in erster Linie als Transmissionsriemen für staatliche Politiken verstanden werden müssen. Das bedeutet, dass in der ASEAN oftmals nur solche zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zugelassen sind, die auf Seiten der Regierungen stehen. Nach der asiatischen Finanzkrise Ende der 1990er-Jahre entstanden jedoch unter wachsendem externen und innerstaatlichen Demokratisierungsdruck neue regional organisierte Non-Governmental Organizations (NGOs), neue regionale zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie neue institutionelle Arrangements (wie Dialoge zwischen NGOs und Staats- und Regierungschefs). Die Bilanz dieser Neuerungen ist allerdings relativ ernüchternd, da sich immer mehr herauskristallisiert, dass viele Anpassungen nur formaler, isomorpher Natur waren. Trotz normativer Konzessionen vonseiten der ASEAN wurde der „Kern des Alten“ beibehalten und re-legitimisiert, sodass die Zivilgesellschaft nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle in regionalen Entscheidungsprozessen der ASEAN spielt.

Stefan Rother setzte sich im Folgenden mit „Demokratisierung von unten? Transnationale Zivilgesellschaft in Asien und der Kampf für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen“ auseinander. Anhand eines Beispiels, dem Migrant Forum in Asia (MFA), dem größten MigrantInnen-Netzwerk in der Region, zeigte Rother die transnationale Ausrichtung nationaler und internationaler NGOs in Asien, die sich für die Interessen von MigrantInnen einsetzen. Der so allmählich entstehende transnationale und internationale Diskurs über die Herausforderungen im Bereich der Arbeitsmigration verhalf dem MFA bereits zu einigem Einfluss auf globaler Ebene. Mittlerweile ist ein transnationaler Politikraum entstanden, in dem die MigrantInnenrechte erfolgreich auf lokaler, nationaler, regionaler, transnationaler und globaler Ebene vertreten werden. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa wurde im Anschluss an den Vortrag diskutiert, warum die Migrationsbewegung in Asien, als eine Form der „*governance* von unten“, so erfolgreich und funktionsfähig ist, während derartige Mechanismen in Europa nicht zu funktionieren scheinen.

Das vierte und letzte Panel widmete sich dem „Politischen Wandel in der VR China“. Thomas Heberer, Universität Duisburg-Essen, hielt einen

Vortrag zu dem Thema „Bildet sich in China eine Zivilgesellschaft *Top-Down* heraus?“, in dem er auf der Basis von „westlichen“ Vorstellungen prüfte, inwieweit in China überhaupt von einer Zivilgesellschaft gesprochen werden kann und wenn ja, wie diese zu definieren sei. Die Zivilgesellschaft in China ist eng verwoben mit dem Parteienstaat, durch Top-down-Prozesse gekennzeichnet und folglich anders konnotiert als im „Westen“. Gründe für diese Inhaltsunterschiede liegen laut Heberer in erster Linie in einem „Mangel an zivilisatorischer Kompetenz und ziviler Alltagskultur“ in China. Die chinesische Regierung tritt im Lichte dieser „zivilisatorischen Inkompetenz“ als politischer Architekt für die Zivilgesellschaft in Erscheinung; als Moralstaat, der ein neues Wertesystem fördert, die Partizipationsmöglichkeiten ausweitet und so eine Zivilgesellschaft *top-down* initiiert. Ziel ist dabei natürlich nicht ein Systemwandel, sondern eine „Effektivierung im Sinne von *good governance*“. Diskutiert wurde im Anschluss insbesondere die Frage, ob sich durch die Top-down-Prozesse ein autoritärer (illiberaler) Typ von Zivilgesellschaft in China herausbildet oder ob diese Entwicklungen erst die notwendigen Voraussetzungen für eine Bottom-up-Zivilgesellschaft schaffen.

In den drei parallel stattfindenden Workshops wurden zivilgesellschaftliche Akteure in Indien und Südostasien sowie Frauenrechtsaktivistinnen betrachtet. Im ersten Workshop unter der Leitung von Clemens Jürgenmeyer wurde die Frage aufgeworfen, ob Proteste die Demokratie in Indien unterminieren oder befördern, da soziale Proteste auf der einen Seite die Stabilität des gesamten Gefüges gefährden können, auf der anderen Seite jedoch Anzeichen demokratischer Partizipation sind. Der Workshop zu Frauenbewegungen, welcher von Claudia Derichs geleitet wurde, thematisierte die sehr heterogenen islamisch geprägten Frauenbewegungen. Es wurde vehement auf die fundamentale Bedeutung einer Kontextualisierung zentraler Begriffe hingewiesen. Die „westlichen“ Konnotationen für Konzepte wie Feminismus, Emanzipation, Selbstbestimmung etc. könnten nicht eins zu eins für die islamische Frauenbewegung übernommen werden. Im dritten Workshop mit Patrick Ziegenhain als Leitung wurde am Beispiel der südostasiatischen Staaten Indonesien und Philippinen (demokratische Staaten), Myanmar (Transitionsstaat) sowie Laos und Vietnam (autokratische Regime) die Rolle der Zivilgesellschaft in Umbruchphasen von einer Autokratie zur Demokratie diskutiert. Es konnte gezeigt werden, dass die Zivilgesellschaft durchaus Potential besitzt, die Förderung von Demokratie voranzutreiben, wenngleich der Prozess einer Demokratisierung in verschiedenen Staaten mit divergierender Geschwindigkeit und Intensität ablaufen kann.

Während der Abschlussdiskussion wurde das Tagungsthema nach Implikationen für Europa untersucht. Dabei wurde die Notwendigkeit politi-

scher Maßnahmen festgestellt. Staaten sollte eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Dialogen und der Förderung eines zivilgesellschaftlichen Austausches zukommen. Ferner wurde auf die zentrale Bedeutung der Betrachtung von Wechselwirkungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Asien und Europa hingewiesen. Gibt es Kooperationen? Wenn ja, lassen sich Lerneffekte auf beiden Seiten feststellen? Die transnationale Vernetzung von Zivilgesellschaften ist hierbei entscheidend für das Verständnis der europäisch-asiatischen Beziehungen.

In einem dritten Schritt wurde das Tagungsthema unter Bezugnahme auf die wissenschaftliche Dimension betrachtet. Es sei zum einen notwendig, die staatszentrierte Forschung aufzubrechen, und zum anderen, die wissenschaftlichen Theorien und Methoden, die zur Erklärung von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Asien herangezogen werden und oftmals sehr eurozentrisch sind, zu hinterfragen und zu kontextualisieren. Die bisher verwendeten normativen Schablonen sind ausgerichtet auf „westliche“ Verhaltensweisen, die sich kaum eins zu eins auf Asien übertragen lassen. In Asien wird deutlich, dass die empirische Realität nicht mit diesen normativen Vorstellungen einhergeht. Eine Zivilgesellschaft ist beispielsweise nicht immer grundsätzlich „gut“ und gesellschaftsnah, da sie in einigen asiatischen Gesellschaften lediglich Transmissionsriemenfunktionen für die Regierungen erfüllt. Als Fazit der Tagung kann festgehalten werden, dass ein wissenschaftlich tätiger Mensch, dies gilt insbesondere für Asien-Experten aus dem „Westen“, Begriffe, Konzeptionen, Theorien und Methoden hinterfragen, sich mit der Empirie auseinandersetzen und Wechselwirkungen zwischen Theorie und Empirie beachten sollte. Die nächsten Weingartener Asiengespräche sind vom 14. bis 16. November 2014 zu dem Thema „Neue Mobilitäten und Immobilitäten in Asien“ geplant.

Berenike Feldhoff

Academic and Policy Roundtable: Democratising ASEAN and the Role of the European Union

Berlin, 30 September 2013

ASEAN, the ten-member Association of Southeast Asian Nations is adapting to the winds of political, social and economic change blowing across South-east Asia. The rise of China, the geo-political and military repercussions of the US “pivot” to Asia and the emergence of a more vocal and self-confident civil society across the region – combined with external pressures for